

## **Impulsreferat MV Matteo**

**12. Oktober 2019, Nürnberg**

**"Wie politisch müssen/dürfen wir als Christ\*innen sein? "**

**Burkhard Hose**

„Kümmern Sie sich mal lieber um das Seelenheil Ihrer Schäfchen und überlassen Sie uns die Politik!“

Ich weiß nicht, wie oft ich diesen oder ähnlich lautende Appelle schon gehört habe.

Meistens kommen solche Ermahnungen aus dem Mund von Politikerinnen und Politikern christlicher Parteien – vor allem dann, wenn sich die christlichen Kirchen zu brisanten gesellschaftlichen Fragen äußern oder gar das Handeln von Regierenden öffentlich kritisieren. Schon in früheren Zeiten kreisten Diskussionen immer wieder um die Frage: Wie politisch ist der christliche Glaube? Darf sich Kirche in die Politik einmischen? Gehört es vielleicht sogar zu ihrem Auftrag? Oder ist Glaube reine Privatsache?

Von Reichskanzler Bismarck stammt angeblich der Ausspruch: „Mit der Bergpredigt kann man keine Politik machen!“ Helmut Schmidt und Franz-Josef Strauß haben diesen Satz später ebenso bemüht wie viele andere, weniger bekannte Politikerinnen und Politiker. Sie halten es entweder für naiv oder für gefährlich, wenn sich Menschen mit Verweis auf die Bibel in politische Diskussionen einschalteten. Und es gibt ja auch nicht wenige erschreckende Beispiele innerhalb und außerhalb des Christentums, die davon erzählen, welche Auswirkungen eine Verbindung von Politik und Religion haben kann. Quer durch die Kirchengeschichte lässt sich ablesen, was passiert, wenn kirchliche und weltliche Macht paktierten. In der Gegenwart zeigt uns der Terror, der sich mit seinen Gewalttaten auf den Islam beruft, wie weit der Missbrauch von Religion für politische Zwecke gehen kann. Man kann und muss also darüber streiten, ob die Bibel dazu geeignet ist, um unmittelbar und konkret Politik zu machen. Es ist aber nicht zu bestreiten, dass die christliche Botschaft von Anfang an auch politisch verstanden wurde.

Dazu kommt die schlichte Tatsache, dass Religion in den letzten Jahren zunehmend zu einem öffentlichen Thema gemacht wird – ganz bewusst auch von Seiten der

Politik. Das Christliche erscheint mir dabei vor allem zu einer Art Sammelbegriff für all das geworden zu sein, was man gegen den Islam an Haltungen, Werten und Gebräuchen anzubringen versucht. Laut tönen Rechtspopulisten, aber auch manche Vertreter christlicher Parteien, die „christlich-abendländische Tradition“ müsse gegen den Islam verteidigt werden. Die christlich-jüdische Prägung Deutschlands wird behauptet, um vor einer vermeintlichen Überfremdung durch den Islam zu warnen. Diese behauptete christliche Prägung gilt in dieser Logik als Garant für Freiheitsrechte, Menschenwürde und Demokratie.

Ich wundere mich immer wieder über die Geschichtsvergessenheit, die einem solchen Denken anhaftet. Wie kann man ausblenden, dass uns genau diese Prägung nicht davor bewahrt hat, im 20. Jahrhundert einer menschenverachtenden und todbringenden Ideologie zu verfallen, die vielen Millionen Menschen die staatlich angeordnete Ermordung in Konzentrationslagern oder den sinnlosen Tod auf dem Schlachtfeld brachte? Wie kann man vergessen, dass die angeblich jüdisch-christliche Prägung unseres Landes über Jahrhunderte vor allem darin bestand, dass Christen Juden verfolgten, ermordeten und für politische Zwecke missbrauchten? In dieser Tradition war die überwiegende Mehrheit der deutschen Bevölkerung 1933 übrigens der festen Überzeugung, das Judentum gehöre nicht zu Deutschland.

Abschreckende Beispiel für den Einfluss des Christentums auf politische Entscheidungen gibt es also zu Genüge. Bekäme es den Kirchen also nicht tatsächlich besser, die Finger von der Politik zu lassen? Der gleiche Blick in die Geschichte lehrt allerdings auch, dass Schweigen und ein Sich-Heraushalten genauso verheerende politische Folgen haben können. Es gab einzelne mutige Menschen, die aus ihrer Glaubensüberzeugung heraus nicht weggeschaut haben, sich nicht heraushalten konnten und laut Protest angemeldet haben – auch in der Zeit des Nationalsozialismus. Aber es waren viel zu wenige! Es wurde zu viel geschwiegen und zu wenig gehandelt.

Beeindruckend für mich war dagegen das Engagement der Kirchen in den letzten Monaten der DDR. Die Kirchen wurden zum Ort des Protestes gegen die Diktatur, boten Raum für die freie Rede und achteten gleichzeitig auf die konsequente Gewaltlosigkeit des Widerstands. Dieser Form des politischen Engagements der Kirchen ist es vermutlich mit zu verdanken, dass die Wende ohne Blutvergießen vollzogen wurde.

Der Blick in die Geschichte macht zumindest eines deutlich: Ganz gleich, ob Christen sich bewusst in die Politik eingeschaltet haben oder aber zugehört und geschwiegen haben – beide Wege haben Auswirkungen auf die Politik. Die Entscheidung, sich vor dem Hintergrund der eigenen Glaubensüberzeugung zu engagieren, und die Entscheidung, sich ins mit dem Glauben ins Private zurückzuziehen, sind – ob bewusst oder nicht, ob gewollt oder nicht – jeweils politische Entscheidungen.

Für mich stellt sich gerade vor dem Hintergrund der politischen Instrumentalisierung von Religion durch Populisten und Fundamentalisten die Notwendigkeit, sich als Christ einzumischen. Wir dürfen nicht denen das Feld überlassen, die das Christentum vor allem dazu verwenden, um Abgrenzung gegenüber anderen Menschen und ihrer Religion zu betreiben. Diese Stimmen nehme ich zurzeit in der politischen Diskussion sehr laut und dominierend wahr.

Leise oder zumindest zurückhaltend erscheinen mir dagegen die Stimmen derer, die sich aus einem christlichen Antrieb heraus für andere Menschen engagieren und dabei nicht ausgrenzend gegen andere handeln, sondern sich positiv für christliche Werte in der Gesellschaft einsetzen und dies bewusst gemeinsam mit Menschen aus anderen Ländern oder Religionen tun.

Es ist an der Zeit, dass wir laut werden! Laut im Sinne von „deutlich und selbstbewusst“. Die ist nicht Bollwerk gegen andere Menschen! Sie hat das Potenzial, das friedliche Zusammenleben von unterschiedlichen Menschen in unserer Gesellschaft zu fördern. Ja, das ist eine politische Botschaft. Stehen wir dazu! Überlassen wir nicht denen das Feld, die das Christentum dazu missbrauchen, um gegen andere Menschen zu hetzen oder für die das Christentum nur ein anderer Begriff ist für „konservativ sein“ oder „brav sein“. Das Evangelium ist an sich ein Ruf zu neuem Denken und Handeln. Die Botschaft Jesu steht in einem inneren Widerspruch zu einer Haltung, die am liebsten alles so belassen will, wie es ist. Und das Evangelium taugt niemals dazu, Menschen herabzuwürdigen oder auszugrenzen.

Sich bewusst als Christ politisch zu engagieren, ist mir ein persönliches Anliegen, für das ich eintreten möchte.

Zehn Jahre darf ich schon in einer Hochschulgemeinde arbeiten, in der ich viele junge Leute erlebt habe, deren soziales Engagement und vor allem deren waches Gewissen ich bewundere. Darunter sind auch Menschen, die sich mit hohem Idealismus auf einem Baum festketten, um zu verhindern, dass er gefällt wird. Es sind Leute darunter, die sich in waghalsigen Aktionen mit Transparenten von der

Würzburger Festungsmauer abseilen, um gegen Rassismus zu protestieren. Ich bin jungen Menschen begegnet, die sich auf die Straße setzen, um Nazi-Aufmärsche zu verhindern oder die sich unter Polizeiautos legen, um gegen Abschiebungen zu protestieren. Und ich erlebe viele, die eher zurückhaltend, aber mit der gleichen Deutlichkeit Woche für Woche Treffen mit Geflüchteten organisieren oder die durch ihr Engagement für Häftlinge oder für Menschen mit Behinderungen auf strukturelle Defizite in der Gesellschaft aufmerksam machen.

Gleichzeitig erlebe ich in regelmäßigen Abständen, dass ich – wenn ich dieses vielfältige Engagement von Studierenden würdige – gefragt werde: „Und wieviel Kapazitäten haben Sie in Ihrer Tätigkeit für das Eigentliche?“

Mit dem „Eigentlichen“ sind dann häufig gottesdienstliche Angebote, Glaubensgespräche oder Bibelkreise gemeint. Als sei soziales und politisches Engagement in einer Hochschulgemeinde so etwas wie die Spielwiese neben dem „eigentlich Christlichen“.

Dieser Sichtweise liegt ein tiefes Missverständnis der christlichen Botschaft zu Grunde. Wie auch die Aufforderung, sich lieber um das „Seelenheil“ zu kümmern, anstatt sich in die Politik einzumischen: Es ist die Annahme, das Christentum sei ursprünglich eigentlich unpolitisch, die Botschaft Jesus sei keine weltliche, sondern bewege sich abgehoben von der Welt und den Niederungen der Politik. Es ist das Missverständnis, die ursprünglich unpolitische Botschaft des Evangeliums sei erst im Nachhinein politisch aufgeladen und verzweckt worden. Das „Eigentliche“ sei also so etwas wie ein von politischer Interpretation befreites „reines“ Christentum.

Dem gegenüber und im Kontrast dazu steht der biblische Befund: Man muss nicht lange auf die Suche gehen, um in den neutestamentlichen Schriften auf kritische Töne gegenüber den politischen, ökonomischen und religiösen Eliten zur Zeit Jesu zu treffen. Schon die Erzählung im Lukasevangelium über die Geburt Jesu steckt voller Kritik an der Herrschaftselite des römischen Kaiserhauses, das durch die Geburt eines Kindes im ärmlichen Stall von Betlehem in seinem Machtanspruch aus den Angeln gehoben wird (Lk 2,1–7). Erst recht gilt dies für das Zentrum der Predigt Jesu: Sein Konzept vom heranbrechenden „Reich Gottes“ konstruiert in der Tradition der Propheten Israels geradezu eine neue Welt und eine alternative Gesellschaftsordnung. Bestehende gesellschaftliche Kategorien, nach denen Menschen in Herrscher und Beherrschte, Arme und Reiche, Fromme und Sünder eingeteilt werden, erfahren in der Predigt und im Handeln Jesu ihre radikale Umkehrung. Der Rangstreit der Jünger

mündet in dem programmatischen Satz: „Wer der Erste sein will, soll der Letzte von allen und der Diener aller sein“ (Mk 9,35). Die Nachfolge Jesu erfordert demnach den freiwilligen Statusverzicht sowie eine klare Absage an das Streben nach Macht und Ansehen. Die Gemeinschaft der Jesusanhänger versteht sich als eine Art Kontrastmodell zu den damals real existierenden gesellschaftlichen Verhältnissen.

Der Appell an die Jünger: „Bei euch soll es nicht so sein!“ (Mk 10,43) spiegelt dabei das Selbstverständnis der Jesusgemeinde gegenüber der Mehrheitsgesellschaft treffend wider: Das „Reich Gottes“ verlangt, bestehende Verhältnisse umzudenken und die Welt auf der Basis alternativer Werte neu zu denken. Die Plätze der Macht-, Vermögens- oder Leistungselite nehmen Verfolgte, Arme und Sünder ein. Davon zeugen zahlreiche Erzählungen ebenso wie die Seligpreisung der Antieliten in der Bergpredigt (Mt 5,2–12). Die nachösterlichen Zeugnisse der Evangelien bewahren trotz christologischer Übermalungen immer noch diese Erinnerung an den irdischen Jesus von Nazaret, dem der zweifelhafte Ruf anhing, er sei ein „Fresser und Weinsäufer, ein Freund der Zöllner und Sünder“ (Mt 11,19).

Auf dieser Basis halte ich es nicht nur für möglich, sondern für selbstverständlich, sich als Christ in die Politik einzumischen, und die Ermahnungen, sich auf das „Seelenheil der anvertrauten Schäfchen“ zu beschränken, in den Wind zu schlagen. Es ist an der Zeit, dass sich diejenigen in der Gesellschaft vernehmbar zu Wort melden, die deutlich und ohne Einschränkung für die Würde aller Menschen eintreten.

Dabei gehört zum Selbstverständnis der christlichen Kirchen, über Grenzen hinaus mitmenschlich zu sein. Nationalstaatlicher Egoismus oder gar fremdenfeindlicher Nationalismus sind mit christlicher Nächstenliebe unvereinbar. Nationalistische Bewegungen pervertieren das Kreuz, das christliche Symbol des solidarischen Gottes, wenn sie es dazu benutzen, um andere Menschen auszugrenzen. Es ist an der Zeit, die christliche Botschaft aus der Geiselhaft der lauten und aggressiven Propagandisten eines behaupteten „christlichen Abendlandes“ zu befreien. Es ist an der Zeit, laut zu sein und sich als Christen politisch zu engagieren auf den Spuren des Jesus von Nazaret!

*Grundlage für den Impulsvortrag mit einigen Änderungen: Burkhard Hose, Seid laut! Für ein politisch engagiertes Christentum, Vier-Türme-Verlag, 2018.*